

# komba *magazin*

Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst  
Juli/August 2019 – 21. Jahrgang

7/8

## **Besoldungsstruktur- modernisierungsgesetz Impulse auch für die Länder**

dbb Seiten  
9 bis 48

Seite 4 <

Mindestvergütung  
für Azubis

Seite 7 <

Neues von der  
komba jugend



# Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der öffentliche Dienst hat in Deutschland nicht nur eine wichtige Funktion, sondern auch eine hohe Anerkennung und Akzeptanz in der Bevölkerung. Dies wird durch repräsentative Umfragen immer wieder bestätigt.

Jetzt hat es eine Umfrage gegeben, die das Vertrauen der Bürger in die verschiedenen Politikebenen zum Gegenstand hat – mit interessanten Ergebnissen. Es fällt auf, dass die Politik, die ja eigentlich für einen von den Bürgern gewollten leistungsfähigen öffentlichen Dienst sorgen soll, schlechtere Werte erhält als die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Während zum Beispiel die Feuerwehr oder Erzieherinnen/Erzieher auf über 90 Prozent kommen, bleiben Parlamentarier durchweg unter 50 Prozent. Das lässt die Interpretation zu, dass die Bürger bessere Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst wünschen, aber ungeachtet der Defizite anerkennen, dass die Beschäftigten das Bestmögliche daraus machen.

Weiterhin fällt auf, dass auf kommunaler Ebene die besten „politischen Vertrauenswerte“ erreicht werden. Je größer beziehungsweise weiter weg die Entscheidungsebene, umso geringer ist das Vertrauen. Kommunalpolitiker kommen auf 48,5 Prozent, Landespolitiker auf 43,2 Prozent, Bundespolitiker erreichen schon nur noch 31,8 Prozent, Europapolitiker sogar lediglich 28,3 Prozent.

Auch hier sind aussagekräftige Rückschlüsse möglich: Den Menschen sind vor allem die konkreten Belange vor Ort wichtig; je komplexer, entfernter und theoretischer politische Entscheidungen werden, umso mehr gehen das Interesse beziehungsweise das Vertrauen verloren. Und wenn auf kommunaler Ebene die höchste Akzeptanz vorhanden ist, wird das auch mit der qualifizierten und engagierten Arbeit der dortigen Beschäftigten zusammenhängen, die politische Entscheidungen vorbereiten und natürlich umsetzen.

Dennoch – die Werte für die Politik sind insgesamt schlecht und stehen einer Demokratie nicht unbedingt gut zu Gesicht. Deshalb muss die Funktion sowie die Bedeutung der Demokratie und damit auch des öffentlichen Dienstes eine ausgeprägte Rolle bei der schulischen und gesellschaftlichen Bildung spielen. Weiterhin ist die Politik aufgerufen, praxisgerechte und nachvollziehbare Entscheidungen zu treffen – und für eine starke kommunale Ebene zu sorgen, wo genau das sehr gut möglich ist.

In der Arbeit der komba gewerkschaft spiegeln sich diese Ziele ganz klar wider. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten.

## Ihre komba Bundesleitung

### > Impressum

**Herausgeber:** Bundesleitung der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081687-0. **Telefax:** 030.4081687-9. **E-Mail:** bund@komba.de. **Internet:** http://www.komba.de. **Redaktion:** Stefanie Frank (sf), Mareike Klostermann (mk), Antje Kümmel (ak), Valentino Lombardo (vl), Kai Tellkamp (kt). **Fotos:** Peggy und Marco Lachmann/pixabay.com, Alexas Fotos/pixabay.com, komba gewerkschaft, komba gewerkschaft rheinland-pfalz. **Titelbild:** Geralt/pixabay.com. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** komba magazin: bildungs- und service GmbH, Steinfelders Gasse 9, 50670 Köln. **Telefon:** 0221.135801. **Bezugsbedingungen:** Für Mitglieder der komba gewerkschaft ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für Nichtmitglieder beträgt der Abonnementpreis 16 Euro zzgl. Versandkosten.

**Herausgeber der dbb Seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Verlag:** dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 60 (dbb magazin) vom 1.10.2018. Druckauflage:** dbb magazin: 589 000 (IVW 1/2019). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Beiträge und Leserbriefe:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangte Einsendungen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

### > komba

>	Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz : Impulse auch für die Länder	4
>	Mindestvergütung für Azubis: Es gibt Pro- und Contra-Argumente	4
>	komba jugend I: Gewalt gegen Beschäftigte	7
>	komba jugend II: Klausursitzung	7
>	Weiterbildung: Typo3	7
>	Fachbereich Sozial- und Erziehungsdienst: Investitionen in die Zukunft	8
>	Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungspolitik: Starker Auftritt	8
>	Kitas: Vielfalt abbilden	8
>	Autobahn GmbH: Einigung	8

### > dbb

>	Meseberger Gespräch: Erwartungen beim KI-Einsatz nicht zu hoch schrauben	9
>	4. dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST: Digitalisierungseuphorie oder KI-Wahnsinn?	10
>	blickpunkt – Befristungen eindämmen: Der Staat ist kein gutes Beispiel	14
>	Autobahn GmbH des Bundes: Tarifeinigung steht	17
>	reportage – Kernfusionsforschung in Greifswald: Der Sonne so nah	18
>	drei fragen an ... ... Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie a. D.	21
>	dbb akademie	22
>	in eigener sache	24
>	arbeitnehmerrechte – Aktuelles Urteil des EuGH zur Zeiterfassung	25
>	brennpunkt – Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft: Frust durch Frist	26
>	dbb jugend	28
>	dbb bundesfrauenvertretung – Frauenpolitische Fachtagung 2019	30
>	senioren – Mehr Sicherheit im Online-Banking	34
>	service für dbb mitglieder	38
>	interview – Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung	40
>	europa – Neues EU-Förderprogramm für Forschung und Innovation	42
>	online	44



© Peggy und Marco Lachmann / pixabay.com

## Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz

### Impulse auch für die Länder

Der Fachkräftemangel und die Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt sind längst im öffentlichen Dienst und beim Berufsbeamtentum angekommen. Die besoldungs- und beamtenrechtlichen Regelungen in den Ländern und beim Bund sind in der Diskussion beziehungsweise auf dem Prüfstand. Insbesondere dort, wo die Spielräume der Gesetzgebung in den vergangenen Jahren (aus)genutzt wurden, um auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten Einsparungen durchzusetzen, stellt sich die Frage, ob der eingeschlagene Weg eher in die Sackgasse geführt hat.

Alle Gesetzgeber in Bund und Ländern stehen mehr denn je vor der Herausforderung, hinreichend attraktive beamtenrechtliche Rahmenbedingungen vorzuhalten, um Personal zu gewinnen und zu binden. Die Prioritäten und Aktivitäten

sind durchaus unterschiedlich, was ebenso wie die unterschiedlichen Ausgangslagen dem Föderalismus geschuldet ist.

Bundesweite Aufmerksamkeit zieht derzeit ein Gesetzge-

bungsvorhaben des Bundes auf sich, das „Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetz“. Mit den ab 2020 vorgesehenen Neuregelungen soll der öffentliche Dienst des Bundes attraktiver und wettbewerbsfähiger gestaltet werden. So sollen die Möglichkeiten finanzieller Anreize für die Personalgewinnung und -bindung deutlich ausgeweitet werden. Dazu zählt insbesondere die Möglichkeit nennenswerter Prämien in Form von Einmalzahlungen. Der Entwurf beinhaltet außerdem zum Beispiel die Anpassung von Stel-

lenzulagen, bessere Möglichkeiten bei der Leistungsbezahlung und der Honorierung besonderer Einsatzbereitschaft sowie die Einführung der „Mütterrente“. Nach der Sommerpause wird sich der Bundestag, der das Gesetz beschließen muss, intensiv mit dem Regierungsentwurf beschäftigen.

Aus Sicht der komba gewerkschaft ist die Initiative für ein attraktiveres Berufsbeamtentum zu begrüßen. Allerdings wirkt sie sich zunächst nur auf die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten aus. Daraus könnte sich die Gefahr von Wettbewerbsnachteilen des Landes- und Kommunaldienstes ergeben beziehungsweise verschärfen. Deshalb muss die Entwicklung auf Bundesebene als Ansporn gesehen werden, die landesrechtlichen Regelungen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Die bisherigen Aktivitäten der Länder sind allerdings ausgesprochen unterschiedlich.

Unser Ziel ist, dass auch auf Landes- und kommunaler Ebene flächendeckend zeitgemäße und positive Rahmenbedingungen für Beamtinnen und Beamte bestehen. Gemeinsam mit den komba Landesgewerkschaften wollen wir Impulse des Bundesgesetzgebers dafür nutzen. (kt)

## Mindestvergütung für Auszubildende

### Es gibt Pro- und Contra-Argumente

Der gesetzliche Mindestlohn ist inzwischen im deutschen Arbeitsrecht etabliert. Er beläuft sich aktuell auf 9,19 Euro. Künftig soll es auch eine Mindestvergütung für Auszubildende geben. Die Bundesregierung hat ein Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht. Die komba hat sich das Vorhaben angesehen und einer Bewertung auch aus der Sicht des öffentlichen Dienstes unterzogen.

#### Die Eckpunkte

Die Mindestvergütung für Auszubildende soll durch eine

Anpassung des Berufsbildungsgesetzes realisiert werden. Anstelle stundenbezogener Mindestwerte wie beim Min-

destlohn soll für Auszubildende eine monatliche Mindestvergütung festgelegt werden, und zwar in Höhe von 515

Euro. Dieser Betrag ist ab 2020 vorgesehen und bezieht sich auf das erste Ausbildungsjahr. Bis 2023 soll der Wert in

>



jährlichen Schritten auf 620 Euro ansteigen. Im zweiten Ausbildungsjahr müssen laut Gesetzentwurf mindestens 18 Prozent mehr und im dritten Ausbildungsjahr 35 Prozent mehr gezahlt werden.

Eine Unterschreitung der Mindestvergütung für Auszubildende kommt nur infrage, wenn die zuständige Gewerkschaft einverstanden ist und eine entsprechende tarifvertragliche Regelung besteht.

Derzeit sieht das Berufsbildungsgesetz lediglich eine eher unkonkrete Regelung vor. Danach haben Auszubildende einen „Anspruch auf eine angemessene Vergütung, die nach dem Lebensalter des Auszubildenden so zu bemessen ist, dass sie mit fortschreitender Berufsausbildung, mindestens jährlich, ansteigt.“

#### Positive Aspekte

Das Anliegen der Initiative ist begrüßenswert. Denn es ist wichtig, für eine hinreichende Attraktivität der dualen Ausbildungsberufe zu sorgen, die für die Wirtschaft aber auch für den öffentlichen Dienst eine große Bedeutung haben. Diese Attraktivität ist insbesondere in der aktuellen Situation, die durch den Fachkräftemangel und die Konkurrenz zwischen den Formaten Studium und Ausbildung geprägt ist, unverzichtbar. Die Höhe

der Ausbildungsvergütung ist dabei ein wesentlicher Aspekt.

Sinnvoll ist auch, dass Branchen oder Betriebe ohne Tarifverträge nicht mehr auf dem Rücken der Auszubildenden Einsparungen erzielen können. Sofern dort die Mindestvergütung für Auszubildende nicht erreicht wird, muss entsprechend aufgestockt werden.

#### Negative Aspekte

Zurzeit erhalten Auszubildende in Deutschland im Schnitt 721 Euro im Monat, die tariflichen Ausbildungsvergütungen liegen sogar bei 908 Euro. Die vorgesehene Mindestvergü-

tung liegt mit 515 Euro deutlich darunter, bliebe also klar unterdurchschnittlich.

Es muss viel mehr darauf geachtet werden, dass sich die Mindestvergütung nicht als Bremse für höhere Ausbildungsvergütungen entpuppt – wenn nämlich die Arbeitgeber keinen Handlungsbedarf sehen, weil die aktuellen Beträge bereits weit darüber liegen. Noch problematischer ist, dass der Gesetzentwurf die Unterschreitung der Mindestvergütung ermöglicht und dafür auch noch die Gewerkschaften herhalten sollen. Tarifverträge haben nach unserer Auffassung und gelebten Praxis vor allem den Sinn, gesetzliche Mindestbedingungen für die Beschäftigten und Auszubildenden zu verbessern.

Nicht zu vergessen ist, dass ein positiver Effekt in diversen Branchen, in denen eigentlich Handlungsbedarf besteht, wirkungslos bleibt. Zum Beispiel fällt die Altenpflege

nicht unter das Berufsbildungsgesetz, die dortigen Nachwuchskräfte können also die Mindestvergütung nicht beanspruchen.

#### Fazit

In der Praxis des öffentlichen Dienstes wird die gesetzlich vorgesehene Mindestvergütung nicht für eine Attraktivität der Ausbildung sorgen. Vielmehr kommt es auf eine hohe Ausbildungsqualität sowie die Übernahme und Perspektiven nach der Ausbildung an. Dafür setzt sich die komba weiterhin ein.

Dennoch könnte das Gesetz interessante Impulse auch für den öffentlichen Dienst geben. Es sieht nämlich neben der Mindestvergütung weitere Regelungen vor. Dazu zählen die Einführung von drei beruflichen Fortbildungsstufen (Geprüfte/r Berufsspezialist/-spezialist, Bachelor Professional und Master Professional) sowie eine weitere Öffnung der Teilzeitberufsausbildung. Das sind gute Gründe, sich in dem Gesetzgebungsverfahren für die Belange der Auszubildenden auch im öffentlichen Dienst einzusetzen. (kt)



## komba jugend I

# Gewalt gegen Beschäftigte: Diskussionsplattform genutzt

Im Juni versammelten sich rund 80 Gewerkschafterinnen/Gewerkschafter aus ganz Europa, darunter die komba jugend, auf Einladung des europäischen Dachverbands CESI in Madrid und diskutierten über Gewalt gegen Beschäftigte.



© komba jugend

Für die komba jugend nahm **Valentino Lombardo**, Zweiter stellvertretender Vorsitzender der komba jugend, teil. Er brachte aus deutschen Kommunen viele Fälle mit, in denen Beschäftigte bereits Erfahrungen mit verbaler oder tätlicher Gewalt am Arbeitsplatz machten. Ein Thema, das die komba jugend, genauso wie die komba gewerkschaft, auch gegenüber der Politik immer wieder aufgreift.

Ziel war es, die Probleme und Lösungsansätze der anderen Teilnehmenden in ihren jeweiligen Ländern kennenzulernen und neue Ideen sowie Maßnahmen zur Verhinderung von Gewaltübergriffen zu diskutieren. Die komba jugend bleibt bei diesem Thema am Ball und informiert. (vl/sf)

> Gewalt gegen Beschäftigte stand im Fokus der CESI-Tagung.



© komba jugend

> Trafen sich zur Klausursitzung: Benjamin Lange, Valentino Lambardo, Susanne Aumann, Bundesjugendleiter Christian Dröttboom und Marie Schiemann (von links).

## komba jugend II

# Klausursitzung: Halbzeit im Amt

Wie schnell die Zeit rast, wurde den Mitgliedern der Bundesjugendleitung auf ihrer Klausursitzung in Koblenz bewusst. Für die zweite Hälfte ihrer Amtszeit planten sie dort bereits kräftig.

Etliche Treffen und zahlreiche Sitzungen, zwei Bundesjugendausschüsse pro Jahr, Seminare, Veranstaltungen, das Knüpfen neuer Kontakte, das Stärken bestehender Netzwerke und die Durchführung von Aktionen, die Halbzeitbilanz der Bundesjugendleitung fällt positiv aus.

Der Fokus des fünfköpfigen Gremiums liegt nun klar auf den kommenden zwei Jahren

und dafür haben die Mitglieder bereits einiges geplant. Die Klausursitzung diente zur Vorbereitung der nächsten Aktionen und Seminare. Außerdem standen Überlegungen zu Werbemitteln, die Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit und die all-gemeine Themengestaltung auf dem Programm. Nachdem was die Bundesjugendleitung bereits verraten hat, bleibt es spannend. (vl/sf)

### > Weiterbildung: Typo3-Grundsicherung

Die umfangreichere Website im komba Layout ist Teil dieser Schulung. Sie richtet sich an alle, die eine eigene Seite ins Leben rufen möchten oder Personen, die künftig neu für die Betreuung einer bestehenden Website zuständig sind. Die Schulung findet vom 8. (10 Uhr) bis 9. November (circa 16 Uhr) in Dortmund statt.

Weitere Infos und Anmeldung „Typo3-Grundsicherung“ bei Antje Kümmel (E-Mail: [kuemmel@komba.de](mailto:kuemmel@komba.de), Telefon: 0221.91285228).

**MOBILFUNK**  
EXKLUSIVE RAHMENVERTRÄGE

**PKW ANGEBOTE**  
IHR NEUES AUTO ZUM BESTEN PREIS

Unter allen Anmeldungen verlosen wir 3x ein Samsung Galaxy S10! (UVP 899€)

**SIXT** **OUT FIT TER** **e-on**  
**Whirlpool** **Apollo**

**BEAMTENKONDITIONEN.DE**  
Das Vorteilsportal für den öffentlichen Dienst

UND VIELE WEITERE EXKLUSIVE ANGEBOTE

## Fachbereich Sozial- und Erziehungsdienst Investitionen in die Zukunft

Die komba gewerkschaft begrüßt die Ergebnisse der OECD-Studie „Gute Strategien für gute Berufe in der frühkindlichen Bildung“.

In die pädagogischen Fachkräfte zu investieren kommt nicht nur den Beschäftigten zugute, sondern gleichermaßen den Kindern und dem Staat. Diese Erkenntnis geht aus der OECD-Studie hervor. Strategien für den Berufszweig und die frühkindliche Bildung im Allgemeinen stellten Expertinnen und Experten aus dem

In- und Ausland auf einer Fachtagung, an der auch die komba gewerkschaft teilnahm, vor. „Das Familienministerium hat bereits eine Fachkräfteoffensive gestartet. Die Politik, das wird dadurch deutlich, hat endlich zur Kenntnis genommen, dass der Fachkräftemangel in diesem Bereich angekommen ist und Versu-



> Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey und Sandra van Heemskerck (von links).

© komba gewerkschaft

che unternommen werden müssen, um Kolleginnen und Kollegen für die frühkindliche Erziehung zu gewinnen“, sagt **Sandra van Heemskerck** (Vorsitzende des Bundesfachbereiches

Sozial- und Erziehungsdienst).

Die komba gewerkschaft wird den Prozess weiterhin aufmerksam und kritisch begleiten. (ak/sf)

## Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungspolitik Starker Auftritt

Drei Tage lang trainierten die Seminarteilnehmerinnen in Königswinter, wie sie in kritischen Situationen schlagfertig und souverän reagieren.

Die passenden Worte sind wieder einmal zu spät eingefallen? Erneut ist jemand ins Wort gefallen? Statt sich zu ärgern, lautet die Devise ab sofort, souverän zu kontern. Genau das vermittelte Trainerin **Corinna Kriesemer** in ihrem Seminar. Unter Anwendung verschiedener Techniken und anhand praktischer Übungen lernten

die Teilnehmerinnen souverän die richtigen Worte zu finden.

Sprache verschlagen war gestern, mit einem „Notfallkoffer“ und passenden Konterreaktionen im Gepäck ging das Seminar zu Ende. **Mareike Klostermann**, stellvertretende Bundesvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des



> Schlagfertig reagieren ist für sie kein Problem: Seminarteilnehmerinnen mit Mareike Klostermann (Dritte von rechts).

© komba gewerkschaft

Ausschusses für Frauen- und Gleichstellungspolitik, führte

durch die Veranstaltung. (mk/sf)

### > Kitas : Vielfalt abbilden

Das Aktionsbündnis Klischeefreie Vielfalt in Kitas macht auf Kindertagesstätten als Orte gelebter Heterogenität aufmerksam. Alle Einrichtungen sind aufgefordert, den Kindern einen Zugang zu sämtlichen Angeboten und damit eine umfassende Teilhabe zu ermöglichen – unabhängig von geschlechtlicher Identität, sozialer Zugehörigkeit, Familiensprache, Herkunft, Hautton, Religion, ökonomischen Voraussetzungen, Behinderungen, der Familienform etc. Die komba Dachorganisation dbb be-



© komba gewerkschaft rheinland-pfalz

> In Koblenz demonstrieren Kolleginnen und Kollegen Vielfalt in Kitas.

amtenbund und tarifunion ist Bündnispartner. Am Aktionstag im Juni nahmen auch Kolle-

ginnen und Kollegen der komba hessen und rheinland-pfalz teil. (sf)

### > Autobahn GmbH: Einigung

Die Verhandlungen waren zäh, im Juli gelang der Durchbruch bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der neuen Autobahn GmbH. Ausgehandelt wurden ein Einkommensplus auf den Bundestarif zum Einstieg, ein 13. Monatsgehalt, der Wechselzuschlag sowie Gefahren- und Erschwerniszuschläge, Boni und bessere Eingruppierungs- und Entwicklungsperspektiven.

Mehr dazu auf Seite 17 des dbb magazins 7-8/2019. (sf)